

Wider die Bismarckhutz

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft beruft sich seit ihrer Gründung auf die preußische Staatsidee mit ihrem konservativen Wertegerüst, in welchem „Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, pflichttreue Arbeit und nie verzagender Mut“ (Hindenburg) im Vordergrund stehen. Der Soldatenkönig, der Preußen die feste wirtschaftliche Grundlage gab, Friedrich der Große, der das Land nach innen und außen konsolidierte und zur europäischen Großmacht führte sowie Otto von Bismarck, der Deutschland unter Preußens Führung einigte, sind dabei die tragenden Vorbilder.

Preußen wird nicht erst seit gestern vom Zeitgeist auf unhistorische und wahrheitswidrige Weise zerrissen. Der neuesten Zeit allerdings ist es vorbehalten, die auf ideologischen Irrtümern beruhende Kritik ins Absurde zu treiben. Aus Amerika – wieder einmal – schwappte die Welle neuer Diffamierungen herüber, verbunden mit einer Bilderstürmerei ungekannten Ausmaßes.

Derzeit trifft es besonders den Reichsgründer Otto von Bismarck. Ein Kriegstreiber sei er gewesen, ein Antisemit, ein Arbeiterfeind und Kolonialverbrecher. Dabei werden geflissentlich alle Tatsachen ausgeblendet. Die Tatsache, dass Bismarcks geniale Außenpolitik Deutschland und Europa vier Jahrzehnte Frieden und Prosperität bescherte. Die Tatsache, dass zu Bismarcks Freunden zahlreiche jüdische Persönlichkeiten zählte und er expressis verbis jeden Antisemitismus ablehnte und verabscheute. Die Tatsache, dass der Reichskanzler die seinerzeit fortschrittlichste und weitgehendste Sozialversicherung der Welt einführte. Die Tatsache, dass der Reichskanzler den Erwerb von Kolonien nie erstrebte und lange zu verhindern versuchte.

Doch dies hindert die Fanatiker nicht, das genaue Gegenteil zu behaupten. Blieben bisher Bilderstürmereien gegen Bismarck die Ausnahme, so ist dies jetzt quasi regierungsamtliche Aufgabe geworden. Die heutige Bundesaußenministerin ließ das Gedenken an den Reichskanzler im Auswärtigen Amt tilgen. In Hamburg setzt die Politik an, das bedeutendste Denkmal des Reichsgründers „umzugestalten“, wie die offensichtlich beabsichtigte Schändung verniedlichend genannt wird. Andere Denkmäler und Straßenbenennungen stehen ebenso auf der Abschussliste.

Die SWG fühlt sich aufgerufen, dagegen zu protestieren. Gegen die Verunglimpfung der Person und des Lebenswerkes Otto von Bismarcks ebenso, wie gegen die Beseitigung des öffentlichen Gedenkens an ihn. Widerspruch legt die SWG insbesondere gegen jede Verunstaltung und Verfremdung des Bismarckdenkmals in unserer Heimatstadt Hamburg ein.